

Landtag aktuell

19. Juni 2008

Debatte über NÖ Landesbudget 2009

Fortsetzung der Spezialdebatte

Heute um 9 Uhr wurden die Verhandlungen über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2009 mit der Spezialdebatte zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, fortgesetzt.

Gruppe 3

Kunst, Kultur und Kultus

In der Gruppe 3 sind Ausgaben von 97,22 Millionen Euro und Einnahmen von 2,98 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) meinte, Niederösterreich sei ein Kulturland und könne sich über internationale Erfolge freuen, wie etwa das Kulturzentrum Grafenegg mit dem Musikfestival Buchbinder oder der Archäologische Park Carnuntum. In Niederösterreich schaffe Kultur Arbeit für viele und Werte für alle.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) meinte, die Denkmalpflege bringe Impulse für die ganze Region und schaffe auch Bausteine für eine spätere Zusammenarbeit. Allein in Krems würden über 4.000 Objekte unter Denkmalschutz stehen. Auch sei das Bundesdenkmalamt in die erst kürzlich renovierte Gozzoburg eingezogen und bemühe sich, das kulturhistorische Erbe in Niederösterreich zu erhalten.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) sagte, die Wichtigkeit der Blaulichtorganisationen sei genauso unbestritten wie ein attraktives kulturelles Leben im Land. Weiters verlangte er, dass sich das Land Niederösterreich so wie vom Rechnungshof gefordert, direkt an der NÖ Kulturwirtschaftsgesellschaft beteilige und nicht so wie bisher nur indirekt über die NÖ Werbung. Außerdem stelle sich die Frage, warum das Stadttheater Baden eine Förderung für das kommende Jahr von 1,4 Millionen Euro erhalte, obwohl diese Institution ab 1. April 2009 bereits Teil der NÖ Kulturwirtschaftsgesellschaft NÖKU sei. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** zur Presseförderung ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, aufgrund der Richtlinien für die Presseförderung auch den Gratiszeitungen eine finanzielle Unterstützung zu gewährleisten. Weiters kritisiert er, dass die NÖN rund die Hälfte der NÖ Presseförderung erhielten und dort zu wenig auf die Meinungsvielfalt geachtet werde. Der Umfang der politischen Berichterstattung dürfe nicht vom Erfolg bei den Landtagswahlen abhängen.

Abgeordneter Karl **S c h w a b** (FP) meinte, der vorgesehene Budgetansatz in der Gruppe 3 für Kunst, Kultur und Kultus weise mit über 79 Millionen Euro neuerlich eine deutliche Steigerung auf. In Zeiten, in den die Familien immer stärker durch die Teuerungswelle bei Lebensmitteln und Sprit belastet werden, seien die Ausgabenerhöhungen im Bereich der Kultur nicht vertretbar. Mit dem eingesparten Geld sollten vor allem Pendler, alleinerziehende Mütter und Mindestrentner seitens des Landes finanziell unterstützt werden. In diesem Zusammenhang brachte er mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Senkung des Budgetansatzes ein. Darin wird gefordert, das Budget für die Gruppe 3 auf 70 Millionen Euro zu senken und auf die nächsten fünf Jahre einzufrieren. Zudem sollten keine Geldmittel für Projekte und Werke von Aktionisten wie Hermann Nitsch zur Verfügung gestellt werden. Der Schwerpunkt in der Kulturarbeit solle

bei der Förderung der Musikpflege, der Trachtenkapellen, der Heimatpflege, den Heimatmuseen und der Denkmalpflege liegen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) meldete sich zu einer Tatsächlichen Berichtigung zu Wort: Ein Budget könne nur auf gesetzlichen Grundlagen fußend beschlossen werden, die Zahlen im Landesbudget seien korrekt.

Abgeordneter Ewald S a c h e r (SP) meinte, Kunst und Kultur seien Kernanliegen der sozialdemokratischen Politik und wichtige Faktoren der Lebensqualität. Auf zwei Prozent Kulturbudget könne man aber nicht stolz sein. Die SP fordere seit langem eine Anhebung des Kulturbudgets auf 2,5 Prozent. Nach langer Prüfung habe man sich entschlossen, heuer die Zustimmung zu diesem Kapitel nicht zu geben. Man könne kein Verständnis aufbringen, dass der Mitteleinsatz in gewissen Bereichen „ineffizient und unangemessen“ erfolge. Weiters kritisierte er die „Tendenz zur Eventkultur“. Als Verbesserungsvorschläge nannte er z. B. mehr Förderung der Individualität und Vielfalt, die Verbesserung der sozialen Situation der Künstler und eine auf niederösterreichische Künstler fokussierte Auftrags- und Ankaufspolitik.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) meldete sich erneut zu einer Tatsächlichen Berichtigung: Die Aussage des Abgeordneten Sacher, dass sie stolz darauf sei, dass zwei Prozent des Gesamtbudgets für Kultur vorgesehen sind, sei falsch. Sie sei stolz, dass es mit zwei Prozent möglich sei, „Kultur-Weltmeister“ zu sein.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r (G) meldete sich ebenfalls zur einer Tatsächlichen Berichtigung: Ein Budget werde unter den Rahmenbedingungen der prognostizierten Einnahmen und Ausgaben entsteht.

In der Folge wurde ihr von Präsident Penz das Wort entzogen.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) erklärte, in Niederösterreich habe man den Schritt von der Kulturverwaltung zum Kulturmanagement erfolgreich vollzogen. Die Kunsthalle in Krems habe hier Wegbereiterdienste vollbracht. Er wies auch auf das Pro-

jekt Fossilienwelt Weinviertel hin, dort würden 17 Millionen Jahre Geschichte des Weinviertels umfassend dargestellt. Bei Kunst und Kultur sei in Niederösterreich sehr viel passiert, Niederösterreich werde um das flächendeckende Angebot beneidet.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) nannte das Kunstverständnis des Abgeordneten Schwab „unerträglich“. Gott sei Dank seien die Zeiten der Staatskunst vorbei. Im Bereich der Jugendkultur gebe es eine Reihe an Fördermöglichkeiten für 14- bis 29-jährige Kunstschaffende. Mit über 100 geförderten Projekten sei Niederösterreich auch hier eine Modellregion.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) sagte, Niederösterreich befinde sich nicht mehr im Schatten der Bundeshauptstadt, sondern sei europaweit vorbildlich. Besonders profitiert habe davon auch die Landeshauptstadt, in den letzten fünf Jahren seien in St. Pölten 120 Millionen Euro investiert worden.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) wies auf die NÖ Musikschulen hin, für die sich der Budgetansatz von 1999 auf 2008 um fast 100 Prozent gesteigert habe. Bei Versorgungsgrad und Qualität liege Niederösterreich an der Spitze aller Bundesländer. Niederösterreichs Kulturszene, wo alles seinen Platz habe, gehöre zu den attraktivsten in Österreich.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, seine Fraktion würde das Geld lieber in Arbeitsplätze und familienpolitische Maßnahmen investieren. Hinsichtlich der Verletzung religiöser Gefühle durch Hermann Nitsch gehe die VP ihren „kulturpolitischen Irrweg“ weiter. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion fordert ein Einfrieren der ORF-Landesabgabe bzw. Gratis-ORF-Gutscheine für Mehrkinderfamilien.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) brachte einen **Resolutionsantrag** gemeinsam mit den Abgeordneten Sacher, Fasan, Krismer und Weiderbauer zum Ortsbildschutz ein. Niederösterreich verzeichne zwar eine Fülle an Erfolgen beim Denkmalschutz, viele, sehr wertvolle Kulturdenkmäler seien aber nicht ausreichend geschützt. Im Denkmalrecht

gebe es auf Bundesebene keine Wiederherstellungspflicht. Hier trage die öffentliche Hand Verantwortung.

Abgeordneter Mag. Karl Wilfing (VP) meinte, dass bei der Höhe des Kulturbudgets ein Mittelmaß gefunden worden sei. Zudem könne man auf die Breite der Kultur in Niederösterreich stolz sein.

Abgeordneter Mag. Johann Heuras (VP) schloss sich seinem Vorredner an, betonte jedoch, dass der Stellenwert von Kunst und Kultur in Niederösterreich in Wahrheit viel höher sei als durch die zwei Prozent im Budget zum Ausdruck gebracht werde. Seiner Meinung nach stünden die sechs Buchstaben des Wortes Kultur für Kommunikation, umfassend, Liberalität, Toleranz, unverzichtbar und für Regionalität. Überdies meinte er, dass in Niederösterreich Kunst und Kultur zu den Menschen getragen werde und nicht umgekehrt. Niederösterreich sei ein Kunst- und Kulturland, das sich sehen lassen könne.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) ging auf die Bedeutung von Sprache, Schrifttum und Denkmalpflege ein und forderte, der Muttersprache bzw. der deutschen Sprache einen besonderen Schutz zukommen zu lassen; dies sei eine öffentliche Aufgabe. Weiters forderte er die Erhöhung der Geldmittel für die Pflege und Erhaltung von Kriegsgräbern. Dem Resolutionsantrag der Grünen könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Abgeordneter Josef Edlinger (VP) setzte sich mit dem neuen Kulturzentrum in Grafenegg auseinander und bezeichnete die Entscheidung für diese Errichtung als wichtig und richtig. Mit Kosten in Höhe von rund 25 Millionen Euro sei man auch deutlich unterhalb der Kosten für vergleichbare Projekte im In- und Ausland geblieben. Man wolle in Grafenegg die Qualität von Salzburg anbieten, allerdings ohne die dortigen sozialen Barrieren. Dies sei ein Beispiel dafür, dass Kultur- auch Sozialpolitik sein könne.

Abgeordneter Otto Kerstocik (SP) widmete sich der Dorf- und Stadterneuerungsbewegung, deren Aktionen er als „Initiativen des Positiven“ bezeichnete. Mit dieser Be-

wegung werde Eigenverantwortung, Kreativität und Bürgerbeteiligung gefordert. Die 14 Regionalbüros seien Bindeglieder zwischen der Bevölkerung und dem Land. Auch hier sei Niederösterreich ein Vorzeigemodell für ganz Europa. Die NÖ Dorf- und Stadterneuerung sei eine modellhafte Lösung zur Förderung der Attraktivität der Ortskerne und führe auch zu Synergieeffekten wie beispielsweise dem Verkehrssparen.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) sagte, dass man sich von dem Großereignis der Landesausstellung im Jahr 2009 in Horn, Raabs und Telc schon im Vorfeld wirtschaftliche Impulse erwarte. Insgesamt würden in die Region rund 22 Millionen Euro investiert und u. a. das Kunsthaus in Horn und der Lindenhof in Raabs an der Thaya saniert. Auch die Konzepte für den öffentlichen Verkehr bzw. für den Straßenbereich befänden sich bereits in der Umsetzung. Mit der Ausstellung „Österreich Tschechien. Im Herzen Europas" werde auch das Ziel verfolgt, die Grenzen in den Köpfen abzubauen und eine bessere Entwicklung der österreichisch-tschechischen Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) meinte, dass die Kulturvernetzung in allen Landesvierteln Niederösterreichs Standorte habe. Im Rahmen der „kulturellen Regionalisierung“ werde gezeigt, dass die kulturelle Nahversorgung in den niederösterreichischen Regionen über ein bemerkenswertes künstlerisches Potenzial verfüge. Im Rahmen des Viertelfestivals werde versucht, Kunst- und Kulturprojekte nahe zu den Menschen zu bringen und Kultur vor der Haustür anzubieten.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) meinte, Niederösterreich verfolge mit dem Projekt NAFES das Ziel, die Ortszentren zu beleben. Außerdem werde in Niederösterreich mit dem neuen Raumordnungsplan verhindert, dass in Zukunft keine Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“ mehr entstehen können. Besonders Erfolg versprechende Projekte in den Orts- und Stadtzentren würden von der NÖ Wohnbauförderung gezielt unterstützt. Die Gruppe 3 wurde mit Mehrheit angenommen. Der Abänderungsantrag der Freiheitlichen (Senkung des Budgetansatzes für die Gruppe 3) wurde abgelehnt. Der Resoluti-

onsanträge der Grünen (Presseförderung), der Freiheitlichen (Senkung Budgetansatz), der Freiheitlichen (ORF-Gebühren), der Grünen und des Abgeordneten Sacher (Denkmalpflege - Ortsbildschutz) wurden ebenfalls abgelehnt.

Gruppe 4

Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

In der Gruppe 4 sind im ordentlichen Voranschlag Ausgaben von 1,32 Milliarden Euro und Einnahmen von 562,99 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordneter Dipl.Ing. Willibald E i g n e r (VP) sagte, Wohnen sei ein Grundbedürfnis für jeden Menschen. Die NÖ Wohnbauförderung habe in den letzten Jahren eine Erfolgsgeschichte geschrieben. Sie vereine soziale Gerechtigkeit, verantwortungsvollen Umgang mit Umwelt und Ressourcen und sichere Arbeitsplätze. Das NÖ Wohnbaumodell fördere weiters ökologisches Bauen und Sanieren und sei ein wesentlicher Faktor für Umwelt und Klimaschutz. Jährlich würden NÖ Wohnbauförderungsmittel in der Höhe von über 500 Millionen Euro an die Bürger ausbezahlt. Mit der 100-Punkte-Förderung und dem neuen Energieausweis würden Photovoltaik und Solaranlagen noch mehr gefördert als bisher. Auch die Häuser und Bauwerke der NÖ Landesregierung würden nach diesen strengen Richtlinien energetisch vorbildlich gebaut und saniert.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) sprach über die Ortskernförderung, wobei die Wohnbauförderung eine wesentliche Rolle spiele. Besonders neuer Wohnraum in den Innenstädten sei begehrt, wenn die entsprechende Infrastruktur vorhanden sei. Die Wohnbaugenossenschaften seien dabei gute Partner der Gemeinden. Der Fördermix aus Wohnbauförderung, NAFES und Dorf- und Stadterneuerung funktioniere bestens.

Abgeordneter Mag. Martin F a s a n (G) betonte, die Wohnbauförderung habe nicht nur wichtige soziale Aspekte, sondern sollte auch in Zusammenhang mit dem Klima-

schutz gesehen werden. Niederösterreich liege im Bundesländervergleich relativ weit vorne, allerdings bestehe auch hier noch Verbesserungsbedarf, etwa bei Gebäuden zwischen 1945 und 1985. Die Grünen hätten schon vor einem Jahr einen Resolutionsantrag eingebracht, um stärker in Richtung Passivhausstandard zu gehen. Er hoffe, dass das neue Klimaprogramm möglichst bald im Landtag beschlossen werde.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) erklärte, die Wohnbauförderung im Ausmaß von rund 500 Millionen Euro sei mit einem ausgelösten Investitionsvolumen von 1,9 Milliarden Euro nicht nur ein ökonomischer Faktor, sondern als gelebter Klimaschutz auch ein ökologischer Faktor. Die Wohnbauförderung habe auch soziale Aspekte, etwa im Bereich der Wohnhilfe beim „Betreuten Wohnen“ oder beim „Jungen Wohnen“.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) betonte, Wohnen sei ein Grundrecht eines jeden Menschen und habe sowohl einen sozialen als auch einen ökologischen Aspekt. In Niederösterreich wäre auch für das sichere Wohnen eine zusätzliche Förderung geschaffen worden. Es sei auch wichtig, dass die Bürger rasch zu Wohnungen kommen, hier leiste das NÖ Wohnservice hervorragende Arbeit. Die Wohnbauförderung in Niederösterreich sei einfach, sozial, natürlich und werde den Bedürfnissen der Menschen gerecht.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) sagte, Wohnen sei ein Grundbedürfnis des Menschen. Die Menschen müssten sich dieses Wohnen aber auch leisten können. Wohnungspolitik sei daher auch Sozialpolitik, um die Leistbarkeit abzusichern. In Niederösterreich seien außerdem durch den gezielten Einsatz von Fördermitteln tausende Arbeitsplätze geschaffen und gesichert worden. Auch in Zukunft werde die Wohnbauförderung erforderlich sein.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) betonte, nicht der Sozialpolitik in Niederösterreich gehe es schlecht, sondern der SP. Das sei der wahre Grund, dass es zum ersten Mal seit 63 Jahren keine Zustimmung der SP zum Budget gebe. Das NÖ Pflegemodell habe Geschichte gemacht, in keinem anderen Bundesland gebe es derartige Förderhöhen.

Niederösterreich könne sich in der Sozialpolitik viel leisten, weil es eine tüchtige Wirtschaftspolitik gebe. Der NÖ Heizkostenzuschuss betrage das Doppelte anderer Bundesländer. „Politik mit Herz“ heiße, dass die Ausgaben im Sozialbereich steigen, weil hier auch die Aufgaben steigen. Die SP wolle auf Kosten der Vereine sparen.

Zweiter Präsident Herbert Nowohradsky (VP) meinte, in Niederösterreich sei Sozialpolitik nicht nur ein Schlagwort. Von Niederösterreich gehe, etwa im Bereich der Heimhilfe, der soziale Geist sogar aus. In Niederösterreich gebe es derzeit 234 Sozialstationen, es würden über 3 Millionen Einsatzstunden geleistet. In den sozialen Diensten werde Hervorragendes geleistet, gleiches gelte auch für die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer (G) nannte das Ende der Pflegeamnestie am 30. Juni ein denkwürdiges Datum. Die Pflegesicherung müsse auch in einigen Jahren gewährleistet sein. In Niederösterreich gerieten zunehmend mehr Menschen in Not. Beim Regressentfall sei es zu einem Etikettenschwindel gekommen. Niederösterreich brauche es nicht, sich an den Ärmsten zu bereichern. Ein Resolutionsantrag ihrer Fraktion gemeinsam mit Abgeordnetem Tauchner fordert die Abschaffung des Regresses bei Geschwistern, Eltern sowie bei geschiedenen EhepartnerInnen mit aufrechtem Unterhaltsanspruch.

Abgeordneter Ing. Manfred Schulz (VP) erinnerte daran, dass Niederösterreich das erste Bundesland gewesen sei, das ein richtungweisendes Pflege- und Betreuungsmodell ins Leben gerufen hat. Vorarlberg sei dem niederösterreichischen Modell bereits gefolgt, der Bund zögere noch. Er listete auch die einzelnen Punkte des niederösterreichischen Pflegemodells auf.

Abgeordnete Karin Kadembach (SP) stellte den **Antrag** auf getrennte Abstimmung einzelner Punkte in der Gruppe 4. Sie begründete diesen Antrag mit der sozialen Unausgewogenheit. Sozialpolitik zeichne ihrer Ansicht nach vor allem aus, auf Bedürf-

nisse und Anliegen des Einzelnen einzugehen. Man müsse die Ursachen der Armut bekämpfen. In Bezug auf Repliken der Vorredner kritisierte sie auch den Stil des Nichtzuhörens im Hohen Haus. In einem gemeinsamen **Resolutionsantrag** mit dem Abgeordneten Tauchner fordert sie die Erhöhung des Personalkosten- und Betreuungszuschusses für Kinderbetreuungseinrichtungen.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) zeigte sich stolz auf die Angebote in der Kinderbetreuung in Niederösterreich. Eine richtige und wichtige Entscheidung sei auch die Einrichtung der Pflegehotline gewesen. Habe es 2007 4.200 Anrufe gegeben, waren es heuer bereits fast 10.000. Diesen Anstieg begründete er vor allem mit dem Auslaufen der Pflegeamnestie auf Bundesebene. Eine weitere richtungweisende Einrichtung sei das Ende Mai 2008 eröffnete Pflegeservicezentrum.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) befasste sich mit dem Thema Mindestsicherung. Ziel müsse es sein, Grundlagen für eine bundeseinheitliche und bedarfsorientierte Grundsicherung zu schaffen. In weiterer Folge zählte er die verschiedenen Punkte der Grundsicherung auf, die 14-Mal im Jahr gewährt werden soll. Nun sei Sozialminister Buchinger gefordert, gemeinsam mit den Ländern eine Regelung auszuarbeiten und auszuverhandeln. Dabei sollte man auch auf die Erfahrungen der Länder zurückgreifen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) kritisierte die Struktur des Budgets, da dieses seiner Ansicht nach die verantwortungslose Politik der Vergangenheit fortschreibe. Aufgrund dieser Politik im Land werde die Distanz zwischen Bevölkerung und Politiker immer größer. Bei der NÖ Wohnbauförderung sei es notwendig, dass das Steuergeld nicht wie bisher in den politischen Verflechtungen der heimischen Wohnbaugenossenschaften verschwinde, sondern für junge und ältere Menschen ausgegeben werde. Weiters seien die vielen Gender-Projekte im Land zu hinterfragen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) distanzierte sich von den Aussagen ihres Vorredners. Es gebe in Niederösterreich im Bereich der Regressleistungen an Fa-

milien für vom Land übernommene Pflegefälle eine viel höhere Freigrenze als in den anderen Bundesländern. Außerdem würden 80 Prozent aller Pflegegeldempfänger in Niederösterreich in ihren eigenen vier Wänden betreut. Daran merke man, dass Niederösterreich mit der mobilen Pflege, den Hospizteams und den Palliativteams seine Verantwortung für die Menschen sehr ernst nehme. Auch mit der Initiative „Betreutes Wohnen“ werde mit NÖ Wohnbauförderungsgeldern die Betreuung der älteren Menschen in ihrer gewohnten Umgebung ermöglicht. Für die Zukunft gelte es, das Netzwerk der sozialmedizinischen Dienste weiter auszubauen.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) erinnerte, dass in Niederösterreich für soziale Ausgaben 47 Prozent des gesamten Budgets ausgegeben werden. Während der Bund bei selbstständigen Pflegekräften nur 225 Euro Förderung gewährt, gebe es in Niederösterreich 500 Euro. Auch bei den angestellten Pflegekräften fördere Niederösterreich mit 1.000 Euro pro Monat, der Bund gebe nur 800 Euro.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) informierte, dass in Kolpingheimen und in NÖ Tagesheimstätten würden mittlerweile über 2.100 Personen betreut werden. Zudem sei der umfassende Ausbauplan des Landes für diese Einrichtungen bereits in Umsetzung. Weiters brachte sie einen **Resolutionsantrag** betreffend „Kostenersatzpflicht für Kinder mit besonderen Bedürfnissen“ ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, eine entsprechende Regelung bezüglich Anspruchsübergang der Familienbeihilfe inklusive Erhöhungsbetrag auf die Träger der Sozialhilfe anzuregen.

Abgeordneter Ewald S a c h e r (SP) erklärte, dass es kürzlich zu einem Schulter-schluss zwischen Volkshilfe und Hilfswerk gekommen sei, um die Interessen der älteren Menschen noch besser durchzusetzen. Er brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Tauchner und Krismer einen **Resolutionsantrag** betreffend Schaffung eines neuen, transparenten und planbaren Förderungssystems sowie der Erhöhung der NÖGUS-Mittel für die sozialmedizinischen Dienste ein.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) meinte, der Antrag von Kollegen Sacher gehe ins Leere und kündigte an, dass die VP diesen Antrag ablehnen werde, ebenso wie jenen der Kollegin Kadenbach. In Niederösterreich gehe man nach Bedarf vor. Gerade die Familien hätten es verdient, unterstützt zu werden. Daher gäbe es in Niederösterreich etwa die NÖ Schulstarthilfe, die Unterstützung von Schulsportwochen oder die NÖ Familienhilfe. Weiters erwähnte sie den Sonderfonds für Familien in Not, das Spielplatzbüro oder die Förderung von Eltern-Kind-Zentren. Es lohne sich, mit ganzer Kraft für die Familien in Niederösterreich zu arbeiten.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) bezog sich auf die gestiegene Lebenserwartung und den sich dadurch ergebenden höheren Pflegebedarf. Die aktuelle Pflegediskussion zeige, wie wichtig ein bedarfsgerechtes Angebot sei. Der NÖ Landtag habe am 30. März 2006 das Ausbauprogramm für die NÖ Landespflegeheime beschlossen. Dennoch sei es notwendig, Anpassungen vorzunehmen, etwa im Bezirk Neunkirchen. Es sei auch Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen zu schaffen, damit ältere Menschen ihren Lebensabend in ihrer Heimat verbringen können. Er stellte daher einen **Resolutionsantrag** betreffend Adaption des Ausbauprogramms für Landes-Pensionisten- und Pflegeheime 2006 – 2011, um dem „akuten Mangel an Pflegebetten im Bezirk Neunkirchen entgegenzuwirken“.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) referierte über den NÖ Familienpass, der eine Reihe von Leistungen für die Familien biete, von Gutscheinaktionen über Veranstaltungen bis hin zum Familienjournal. Über 140.000 niederösterreichische Familien würden bereits den NÖ Familienpass besitzen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) kritisierte die Ausgaben für Flüchtlingshilfe im Inland, wofür 30 Millionen Euro vorgesehen wären. Er forderte, hier einzusparen und im Gegenzug dazu das Pflegegeld zu erhöhen. Es gehe nicht darum, die Jugendwohlfahrt in

Amstetten schlecht zu machen, sondern um Aufklärung, falls es zu Behördenversagen gekommen sei.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) beschäftigte sich mit der Arbeitsmarktpolitik in Niederösterreich: Seit mehr als zwei Jahren gebe es einen konsequenten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Trendwende sei durch eine aktive Arbeitsmarkt- und eine offensive Wirtschaftspolitik erreicht worden. Hier seien insbesondere die Export-, die Gründer- und die Betriebsansiedlungsoffensive hervorzuheben. Niederösterreich habe die Chance der Erweiterung genutzt und sei die Konjunkturlokomotive der Ostregion. Die Situation rund um die Firma Battenfeld habe zur Einrichtung der „Heuschrecken-Cobra“ durch den Landeshauptmann geführt.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) wies auf die mobile Jugendarbeit hin, die Jugendlichen Hilfe bei der Lebensbewältigung anbiete. Die Anlaufstellen dienten dabei als infrastrukturelle Schutzräume. Ein **Resolutionsantrag** fordert einen flächendeckenden Ausbau in allen Bezirken.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) sagte, die Jugendpolitik in Niederösterreich sei so vielfältig und individuell wie die Probleme der Jugendlichen. Die Vernetzung mit Vereinsleben, Ausbildung und Wirtschaft trage zur guten Jugendpolitik bei. Der Großteil der Jugendlichen habe weder Alkohol- noch Gewaltprobleme. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Onodi zeige, dass hier wieder die „Rechnung ohne den Wirt“, die Gemeinden, gemacht werde.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) sprach zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Dworak bezüglich Ausbaus der Landes-Pensionisten- und Pflegeheime. Es sei schlicht nicht richtig, dass Hohegg 2009 geschlossen werden solle. Das sei reiner Populismus. Im Gegenteil sei ein Ausbau bereits beschlossene Sache. Abschließend brachte er einen **Resolutionsantrag**, der die betreffend steuerliche Begünstigungen für Langstreckenpendler zum Inhalt hat.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) unterstrich die aktive Beschäftigungspolitik in Niederösterreich. Als Beispiele nannte er den Verein „Jugend und ArbeitW bzw. Aktionen wie „Start up“. Für das Entstehen von Arbeitsplätzen sei auch immer eine entsprechende Infrastruktur bzw. eine solide Wirtschaftspolitik notwendig.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) kritisierte die Jugendförderung des Landes bzw. insbesondere die Tatsache, dass in seiner Gemeinde keine entsprechenden Fördermöglichkeiten für die Errichtung eines Jugendtreffs vom Land zur Verfügung gestellt wurden.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) hielt fest, dass sich die Zahl der Lehrlinge gegenüber dem Vorjahr um 3,7 Prozent erhöht habe und in diesem Bereich viele Anstrengungen unternommen worden seien. Eine wichtige Rolle spiele das Lehrlingsauffangnetz oder auch das Modell „Lehre mit Matura“. Das aktuelle Budget stelle eine Fortsetzung dieses Weges sicher.

Abgeordneter Emil S c h a b l (SP) nahm Bezug auf den Resolutionsantrag des Abgeordneten Erber und meinte, dass die Unterstützung von Pendlern prinzipiell positiv sei, man sich allerdings die jeweilige Zielgruppe genauer ansehen müsse. So gehe es um die Frage, ob die Hauptbetroffenen – über 32.000 Teilzeitbeschäftigte und über 35.000 geringfügig Beschäftigte, primär Frauen – hier auch erfasst seien. Er brachte daher einen **Resolutionsantrag** betreffend Änderung der Richtlinien NÖ Pendlerhilfe ein. Dieser würde im Gegensatz zum Antrag des Abgeordneten Erber die Heranziehung des Individualeinkommens berücksichtigen und bessere Möglichkeiten für Lehrlinge vorsehen.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) betonte, dass die Arbeitslosenzahlen seit über zwei Jahren sinken würden und der höchste Beschäftigungsstand überhaupt zu verzeichnen sei. Vor allem Männer profitierten von der Arbeitsmarktlage, die Gründe seien gute Konjunktur und eine gute Arbeitsmarktpolitik. Eher benachteiligte Personen wie Frauen, Jugendliche, Behinderte und Langzeitarbeitslose würden durch den Beschäfti-

gungspakt unterstützt. In den letzten Jahren sei die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Niederösterreich um 15 Prozent gesunken. Bei dieser Strukturreform seien viele kleine Einheiten zusammengeführt worden. Besonders große Veränderungen habegab es in den Bezirken Mistelbach, Tulln und Zwettl gegeben. Den Resolutionsantrag von Abgeordneten Schabl lehne die VP ab, da bei der NÖ Pendlerhilfe bereits der gewichtete Pro-Kopf-Durchschnitt ausschlaggebend sei.

Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g (VP) sagte, ein Land, das gut wirtschaftete, könne auch viele soziale Maßnahmen anbieten. Der ungebremste Anstieg der Treibstoffpreise werde aber immer mehr zu einer nachhaltig spürbaren Belastung für weite Teile der Bevölkerung und damit auch für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Maßnahmen gegen den Anstieg der Treibstoffpreise ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese rasch und gezielt Maßnahmen gegen den ungebremsten Anstieg der Treibstoffpreise setzt. In einem weiteren **Resolutionsantrag** wird die Landesregierung aufgefordert, notwendige Leistungen für die hilfeschende Bevölkerung einzuleiten.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r (G) sagte, der gestrige Antrag der Grünen betreffend mehr Mitarbeiter für die Jugendwohlfahrt habe im Landtag nicht die Zustimmung gefunden, obwohl heute ein entsprechendes Programm von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll vorgestellt wurde. Die Grünen hingegen hätten den VP-Anträgen immer zugestimmt, wenn diese sinnvoll und notwendig für das Land sind. Auch im Bereich des Regresses könne Niederösterreich seinen eigenen Weg gehen und müsse nicht auf Regelungen des Bundes warten.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, die Preisentwicklung bei den Treibstoffen wirke sich auf die Haushaltseinkommen der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher negativ aus und dämpfe den privaten Konsum. Deshalb sollten vor allem

Familien mit mehreren Kindern besonders gefördert werden. Dieses Problem müsse in Niederösterreich gelöst werden, da auf Bundesebene zu wenig weitergehe. In diesem Zusammenhang brachte er mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Reduktion der Treibstoffpreise ein (Modell zur Deckelung der Treibstoffpreise bzw. Einführung eines niederösterreichischen Tankgutscheines).

Abgeordneter Ewald Sacher (SP) forderte die VP auf, die „dunkel getönte Parteibrille“ abzunehmen. Es gehe um die Sicherstellung der Finanzierung.

Klubobmann Mag. Klaus Schneebeger (VP) betonte, dass im Land Niederösterreich sozial gearbeitet werde und sagte, die einen hätten Verantwortung und würden sie auch wahrnehmen, die anderen würden jedoch glauben, es handle sich um einen „Selbstbedienungsladen“.

Die Gruppe 4 wurde mit Mehrheit angenommen, die Abstimmung erfolgte getrennt nach Budgetansatzgruppen. Die Resolutionsanträge der Abgeordneten Rinke (Kostenersatzpflicht für Kinder mit besonderen Bedürfnissen), der Abgeordneten Erber und Waldhäusl (steuerliche Begünstigungen für Langstreckenpendler) wurden einstimmig angenommen. Die Resolutionsanträge des Abgeordneten Wilfing und Waldhäusl (Maßnahmen gegen den Anstieg der Treibstoffpreise) und des Abgeordneten Wilfing (soziale Dienste) wurden mit Mehrheit angenommen. Die Resolutionsanträge der Grünen (Aufhebung Regress), der Abgeordneten Kadenbach und Tauchner (Erhöhung des Personalkosten- und Betreuungszuschusses für Kinderbetreuungseinrichtungen), der Abgeordneten Sacher, Tauchner und Krismer (Schaffung eines neuen Förderungssystems sowie Erhöhung der NÖGUS-Mittel für die sozialmedizinischen Dienste), des Abgeordneten Dworak (Adaption des Ausbauprogramms für Landes-Pensionisten- und Pflegeheime), der Abgeordneten Onodi (Mobile Jugendarbeit), des Abgeordneten Schabl und Waldhäusl (Änderung der Richtlinien NÖ Pendlerhilfe) und der Freiheitlichen (Reduktion der Treibstoffpreise/Tankgutschein) wurden abgelehnt.

Gruppe 5

Gesundheit

In der Gruppe 5, Gesundheit, stehen im ordentlichen Teil Ausgaben von 427,06 Millionen Euro Einnahmen von 29,74 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordneter Mag. Johann H e u r a s (VP) bezeichnete das österreichische Gesundheitssystem als weltweit führend. Die beste medizinische Versorgung solle für alle gewährleistet sein, unabhängig von Alter oder Einkommen. Das spiegle sich auch im Budget wider. Die Gesundheitsreform sei jedoch keine Reform, sondern ein Entlastungsprogramm der Kassen, das leider auch auf Kosten Niederösterreichs und der niederösterreichischen Patienten gehe. Es gelte, diese Gesundheitsreform zu hinterfragen. Er brachte daher einen **Resolutionsantrag** betreffend Überarbeitung der Vorschläge der Bundesregierung zur „Gesundheitsreform“ (Paket zur Sanierung der Krankenkassen) ein.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) sagte, die Sicherstellung der Finanzierung der Gebietskrankenkassen sei ein wichtiges Thema. Es bestehe ein direkter Zusammenhang zwischen der Krise der Krankenkassen und der Sozialpolitik. Könnten sich die Krankenkassen auf ihren Kernbereich konzentrieren, wäre eine Gesundheitsreform bereits in Sicht. Die Kosten für das Krankenanstaltenwesen stiegen trotz Gegenmaßnahmen jährlich an. Die Finanzierung des Rettungs- und Krankentransportes sei immer noch nicht ausreichend. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit dem Abgeordneten Huber fordert eine Neuordnung der Finanzierung derselben. Zudem stellte er einen Antrag auf getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) betonte, Herzstück des NÖ Gesundheitswesens seien die NÖ Landeskliniken. Dieser klare NÖ Weg sei ein wirklicher Gewinn. Investitionen von 300 Millionen Euro bis 2016 etwa in St. Pölten seien nur möglich,

weil das Land NÖ hervorragend wirtschaftete. Das vorliegende Budget sei die beste Basis für Gesamtinvestitionen von 2 Milliarden Euro für den Ausbau sowie weiteren 1,5 Milliarden Euro für den laufenden Betrieb.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r (G) meinte, diese Gesundheitsreform müsse scheitern. Es gebe kaum einen zweiten, so zersplitterten Bereich. Bedingung müssten ehrliche Gespräche sein. Ihre Fraktion trete gegen eine Aushöhlung der Selbstverwaltung ein und fordere einen gerechten Kriterienkatalog. Eine Sozialversicherungs-Holding weise sie entschieden zurück, das Paket bezüglich Ärzteverträgen und „aut idem“-Regelung müsse nochmals aufgeschnürt werden. Zudem brauche man strukturelle Bereinigungen wie eine einheitliche Gesundheitskasse.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) pflichtete bei, die momentane Gesundheitsreform sollte nicht in Frage kommen, weil sie u. a. eine Schwächung der Selbstverwaltung bringe. Der Notruf 144 NÖ sei europaweit die Nummer eins bei den Leitstellen. Weiters ging er auf die Spitalsstandorte Wiener Neustadt und Neunkirchen sowie Baden und Mödling ein. Im Falle der beiden letztgenannten Häuser sollte man auch inhaltlich aufeinander zukommen und zur Tat schreiten.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sieht in der aktuellen Gesundheitsreform die „mutwillige Zerschlagung des guten, kleinstrukturierten Gesundheitssystem“. Die niedergelassenen Ärzte würden nachweislich die beste und billigste medizinische Versorgung bieten; die Reform sei unausgegoren und gefährde insbesondere den ländlichen Raum und kleinere Gemeinden. Man sei am Weg, „britische Verhältnisse“ und eine Zwei-Klassen-Medizin einzuführen. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend sofortiger Abschaffung der Seuchenvorsorgeabgabe ein.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) wandte sich zunächst an den Abgeordneten Michalitsch und betonte, dass im Krankenhaus St. Pölten auch unter der Rechtsträgerschaft der Stadt St. Pölten gute Voraussetzungen geschaffen worden seien. Zur Ge-

sundheitsförderung und Vorsorge meinte sie, dass das Gesundheitswesen sich in Niederösterreich gut entwickelt habe. 2002 seien die Ziele im Gesundheitsbereich erstmals publiziert worden; ihrer Meinung nach sei ein neuer Gesundheitsbericht notwendig. Gemeinsam mit ihrem Vorredner brachte sie einen **Resolutionsantrag** betreffend Erstellung eines Gesundheitsberichtes für NÖ und die Erarbeitung eines nachhaltigen Gesundheitsprogramms ein. Als wichtigen Faktor im Gesundheitswesen sei auch das Engagement der Gebietskrankenkasse NÖ. Wie bisher sollten alle Beteiligten auch künftig kooperieren.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) bezeichnete die Landeskliniken als Herzstück der Gesundheitspolitik. Die Investitionen in die Sanierung bzw. in Neubauten seien notwendig.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) konstatierte, dass es seit langem Forderung der FP gewesen sei, im Bereich Gesundheit bzw. Kliniken alles in eine Hand zu geben. Bei der geplanten Gesundheitsreform würden die Patienten auf der Strecke bleiben. Das diskutierte Gesetz richte sich gegen Patienten und Ärzte gleichermaßen. Er forderte auch eine eigene Krankenkassa für Inländer und sowie eine separate Krankenkassa für Ausländer, wo nur die Grundversorgung gewährleistet werde. Weiters trat er für einen Schulterschluss aller Bundesländer gegen die geplante Gesundheitsreform im Interesse der Bürger ein.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) erklärte, der NÖ Klimafonds sei im Budget für das Jahr 2009 mit 10 Millionen Euro dotiert. Dieser umfasse allgemeine Klimaschutzmaßnahmen zur Reduktion der Treibhausgase, Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die Förderung erneuerbarer Energieträger sowie thermische Verbesserungen im Bereich Bauen und Sanieren. Niederösterreich sei bereits 1993 dem Klimabündnis beigetreten, mittlerweile gebe es im ganzen Land über 300 Klimabündnisgemeinden. Zudem sei der Klimaschutz in der Landesverfassung verankert. Zum Bun-

des Klimaschutzgesetz kritisierte er den Versuch, Maßnahmen die im Bereich des Bundes liegen, auf die Länder abzuschieben.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, Niederösterreich investiere gezielt in zahlreiche Maßnahmen zum Klimaschutz und sei damit ein Vorzeigebundesland. Trotzdem habe es in den letzten Jahren beim Budget Natur- und Umweltschutz wenig Veränderung gegeben. Die verschiedenen Budgetpositionen bei Umweltprojekten seien sehr hoch dotiert, wodurch man darauf schließen könne, dass diese Maßnahmen auch eine „Spielwiese“ für die Landesregierung seien. Gleichzeitig fehle bei anderen Bereichen für den Umwelt- und Naturschutz das Geld. Zudem vermisse man bei vielen Umweltprojekten eine Evaluierung. Um eine Trendwende bei der Energiepolitik zu erreichen, seien ein reformiertes Ökostromgesetz, eine Besserstellung des öffentlichen Verkehrs sowie noch mehr Lenkungseffekte im Bereich der Wohnbauförderung notwendig. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend „1424 NÖ Jugendkarte“ als Freifahrtkarte auf öffentlichen Verkehrslinien in Niederösterreich ein. Die NÖ Jugendkarte sollte zur Freikarte für öffentliche Verkehrsmittel auch an Wochenenden und in den Ferien aufgewertet werden.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) bezeichnete das Klimaschutzprogramm als eine wichtige Strategie für Niederösterreich sowie als Chance und Herausforderung für eine nachhaltige globale Entwicklung.

Abgeordneter Mag. Martin F a s a n (G) kritisierte die FP für ihren Vorschlag, eine eigene Krankenversicherungsanstalt für Ausländer einzurichten, die nur eine Grundversorgung gewährleiste.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sprach zum Thema Gesundheit und meinte, dass es in der Regierung Schüssel zahlreiche Mehrbelastungen gegeben habe. So sei etwa der Mehrwertsteuersatz auf Medikamente erhöht worden. Aufgabe des Landtages sei es, in der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsvorsorge die Qualität si-

cherzustellen. Zum Thema Klimaschutz hielt er fest, es sollte vermehrt auf Sonnenenergie gesetzt und die Windkraft forciert werden. Ziel sollte es auch sein, die Energieeffizienz der Wohnungen und Häuser zu steigern und im Bereich der Mobilität Elektroautos zu fördern.

Abgeordneter Mag. Kurt Hackl (VP) meinte, Ökologie und Ökonomie seien in Niederösterreich kein Widerspruch. Mit Förderprogrammen wie dem Ökomanagement Niederösterreich und der betrieblichen Umweltförderung habe man dazu beigetragen, dass sich immer mehr Betriebe für Investitionen im Umweltbereich entschieden haben. Durch das Ökomanagement Niederösterreich gebe es mehrere Vorteile, etwa die individuelle Beratung durch kompetente Experten und die finanzielle Unterstützung durch attraktive Fördermodelle. Die betriebliche Umweltförderung habe das Ziel, Betriebe bei der Durchführung von Umweltschutzinitiativen gezielt zu unterstützen. Eine weitere Initiative sei der Masterplan Umwelttechnologie (MUT) mit dem Ziel einer weiteren positiven Entwicklung der Umwelttechnikbranche.

Abgeordnete Karin Kadernbach (SP) betonte, sie hätte für 14 Monate als Landesrätin die Verantwortung für den Naturschutz in Niederösterreich gehabt. Sie dankte allen, die in diesem Bereich sehr viel Wertvolles leisten und äußerte die Hoffnung, dass es gemeinsam gelingen sollte, die Prioritäten richtig zu setzen.

Abgeordneter Josef Edlinger (VP) betonte, die Zusammenarbeit im Naturschutz sei allen ein Anliegen. Landwirtschaft und Natur- bzw. Umweltschutz würden sich aber durchaus nicht widersprechen. Besonders erfolgreich seien dabei der Biosphärenpark Wienerwald, die LIFE-Naturschutzprojekte wie die Wachau oder die Bodenschutzkampagne „Unser Boden – Wir stehen drauf“.

Abgeordneter Franz Gartner (SP) ging auf die kommunale Abfallwirtschaft in Niederösterreich ein. Eine übergreifende Zusammenarbeit habe sich hier als sinnvoll und kostensparend herausgestellt. Müllvermeidung und –trennung würden von den Niederös-

terreichern als wichtigste Umweltschutzmaßnahme bezeichnet. Szenarien wie in Süditalien seien in Niederösterreich undenkbar.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) sprach über die Aktion „Natur im Garten“ zur nachhaltigen und umweltschonenden Gartengestaltung. Damit solle Niederösterreich als Gartenland positioniert werden. Eine besondere Erfolgsgeschichte in diesem Zusammenhang sei „Die Garten Tulln“ mit mittlerweile mehr als 100.000 Besuchern.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) meinte, der vorliegende Resolutionsantrag zur Gesundheitsreform sei nicht ausreichend begründet. Stattdessen brachte er einen eigenen, in sieben Punkte unterteilten **Resolutionsantrag** zur Gesundheitsreform ein. Zudem stellte er einen Antrag auf getrennte Abstimmung beim Resolutionsantrag von VP, FP und Grünen.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) brachte gemeinsam mit Abgeordneten Ing. Huber einen **Resolutionsantrag** für steuerliche Anreize bei der energetischen Wohnraumsanierung ein.

Abgeordneter Mag. Johann H e u r a s (VP) sagte zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Kernstock, das blau-gelbe Denken sei offensichtlich nicht sehr stark ausgeprägt.

Die Gruppe 5 wurde mit Mehrheit angenommen, die Abstimmung erfolgte getrennt nach Budgetansatzgruppen.

Die Resolutionsanträge der Abgeordneten Fasan u. a. (Ökostrom) und des Abgeordneten Ing. Rennhofer und Ing. Huber (Verbesserung der steuerlichen Anreize für energetische Wohnraumsanierung) wurden einstimmig angenommen. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Heuras und Krismer (Überarbeitung der Vorschläge der Bundesregierung zur „Gesundheitsreform“) mit Mehrheit angenommen. Abgelehnt wurden die Resolutionsanträge der Abgeordneten Kernstock und Huber (Neuordnung der Finanzierung Rettungs- und Krankentransporte), der Freiheitlichen (Seuchenvorsorgeabgabe sofort ab-

schaffen), der Abgeordneten Onodi und Huber (Erstellung eines Gesundheitsberichtes), der Abgeordneten Leichtfried und Huber (1424 Jugendkarte als Freifahrtkarte) und des Abgeordneten Kernstock (Überarbeitung der Gesetzesvorlagen zur Gesundheitsreform des Bundes).

Gruppe 6

Straßen- und Wasserbau, Verkehr

In der Gruppe 6 stehen Ausgaben von 480,02 Millionen Euro Einnahmen von 65,19 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) sprach zur Gruppe Wasser und betonte die Bedeutung des sorgsamem Umgangs mit dieser Ressource. Im Bereich Abwasserentsorgung könne in Niederösterreich von einer Flächendeckung gesprochen werden. Dies sei auch ein wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor. Der Gewässerschutz trage außerdem dem Umweltschutz Rechnung.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) beantragte eine getrennte Abstimmung und meinte, dass der öffentliche Verkehr in Niederösterreich in den vergangenen Jahren nur eine Randerscheinung gewesen sei. Es gebe in vielen Gemeinden eine prekäre Lage, vor allem in dünner besiedelten Regionen. In Niederösterreich gebe es rund 300.000 Pendler, viele Gebiete seien nicht ausreichend an öffentliche Verkehrsmittel angebunden. Angesichts der hohen Treibstoffkosten kämen die politischen Versäumnisse in diesem Bereich nun zum Tragen. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Entlastungen der PendlerInnen in Niederösterreich ein.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) schloss sich seinem Vorredner an und sieht Teile des Mostviertels und des Wiener Umlandes als die größten Problemzonen. Ein Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel sei überhaupt nicht möglich. Man müsse deut-

liche Zeichen der Entlastung setzen. Er verlangte mehr Notrufeinrichtungen in den Zügen, um Schaffner und Fahrgäste vor „randalierenden Asylwerbern und Betrunkenen zu schützen“, die während den Nachtfahrten pöbelnd durch den Zug gehen. Weiters forderte er mehr Investitionen in den Straßenbau und in die Infrastruktur der öffentlichen Verkehrsmittel. Der Spatenstich für die Umfahrung von Wieselburg durch Landeshauptmann Pröll habe gezeigt, dass in Niederösterreich auch Großbauvorhaben ohne Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Außerdem sollten in Zukunft Tiertransporte von der Exekutive verstärkt kontrolliert werden. Die dafür im Budget für das Jahr 2009 veranschlagten 8.200 Euro würden nicht ausreichen.

Abgeordneter Alfredo R o s e n m a i e r (SP) kritisierte, dass es auf der Landesstraße B 21 keine Gewichtsbeschränkungen für den Lkw-Verkehr gebe. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Lärmschutz B 21 auf dem Gemeindegebiet Wöllersdorf ein. Darin werden die Installierung einer Lärmschutzwand, eine Geschwindigkeitsbegrenzung sowie das Aufstellen von Radarboxen gefordert. Außerdem würden rund eineinhalb Millionen Menschen in Österreich durch den Verkehrslärm punkto Lebensqualität beeinträchtigt.

Abgeordneter Dipl.Ing. Willibald E i g n e r (VP) meinte, Niederösterreich unterstütze den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel mit der Errichtung von Park & Drive Einrichtungen, den Wieselbussen und den Sammeltaxis. In den nächsten Monaten würden Anlagen u. a. in Amstetten oder Mistelbach fertig gestellt. Zudem hätte das Land 180 Wieselzüge mit Doppelstockwagons finanziert, deren Anzahl werde sich in den nächsten Jahren weiter erhöhen.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) sagte, dass sich das Wiener Umland in den letzten Jahren zu einem überregionalen Verkehrsknotenpunkt entwickelt habe. Ein weiterer Anstieg des Verkehrsaufkommens sei durch den Ausbau des Flughafens Schwechat zu erwarten. Die SP bekenne sich zum Ausbau des Flughafens, an dem auch

das Land Niederösterreich zu 20 Prozent beteiligt sei. Trotzdem sei ein Interessenausgleich zwischen der Bevölkerung und der Wirtschaft notwendig. Die Lebensqualität der Menschen im Großraum Schwechat dürfe sich nicht verschlechtern. Auch die S 1 sei mittlerweile schon nahezu ausgelastet. Er forderte die Verlängerung der Pressburger Bahn nach Bratislava und die Ausweitung der Kernzone VOR ohne Preisauflschlag. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Verbesserungen für Pendler im Bereich des Verkehrsverbundes Ost-Region (VOR) ein.

Abgeordneter Mag. Karl **W i l f i n g** (VP) berichtete, die Weinviertel-Autobahn sei die größte Baustelle Mitteleuropas. Im Jänner 2010 solle die Verkehrsfreigabe bis Schrick erfolgen. Die A 5 sei ein Symbol für all die Baumaßnahmen, die seit 1989 getätigt wurden, um Niederösterreich mit großem Kraftaufwand verkehrstechnisch fit für das dritte Jahrtausend zu machen. Allein in den letzten Jahren seien 3,2 Milliarden Euro in Schiene und Straße investiert worden, in den kommenden Jahren würden noch einmal 4,5 Milliarden Euro aufgewendet. Als Beispiele nannte er den viergleisigen Ausbau der Westbahn oder die Bahnhofsausbauten in Wiener Neustadt und St. Pölten. Wichtig sei es auch, die Park-and-Ride-Anlagen weiter auszubauen. Das Budget sei ein wichtiges Fundament, um Niederösterreich fit für die Zukunft zu machen.

Abgeordneter Otto **K e r n s t o c k** (SP) betonte, dass das Verkehrsaufkommen in und um St. Pölten gewaltig gestiegen sei. Der vollwertige Ausbau der S 33 habe sich voll bewährt, auch der Bau der Donaubrücke Traismauer werde eine wesentliche Verkürzung der Fahrzeit bringen. Zu begrüßen seien auch die Lärmschutzmaßnahmen in Altlangbach. Er wies weiters darauf hin, dass der im März 2003 geschlossene Vertrag von Gössing über Nebenbahnen wie Mariazellerbahn und Ybbstalbahn mit Ende 2008 auslaufen werde. Er brachte daher einen **Resolutionsantrag** gemeinsam mit den Abgeordneten Gratzner und Königsberger betreffend NÖ Lokalbahnen ein.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) wies darauf hin, dass im Rahmen der Nutzwasserversorgung Wasserversorgungsanlagen mit 5 bis 40 Prozent gefördert werden. In den Gemeinden gebe es oft sehr alte Wasserversorgungsanlagen, weshalb in den nächsten Jahren sehr viele Sanierungen notwendig wären.

Abgeordneter Ewald S a c h e r (SP) kündigte die Einbringung zweier **Resolutionsanträge** an. Der erste betrifft die Regionalbahnen im Waldviertel, der zweite die Zentrale Bahnachse Krems - St. Pölten.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) bezeichnete die Güterwege als Lebensadern des ländlichen Raumes. Güterwege würden den ländlichen Raum erschließen und seien somit Garanten für den Erhalt des ländlichen Raumes. Er dankte Landesrat Plank, der das Budget erhöht und damit die Entwicklung der ländlichen Betriebe gesichert habe. Abschließend brachte er gemeinsam mit den Abgeordneten Gratzner, Hinterholzer, Heuras und Erber einen **Resolutionsantrag** betreffend Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Ybbstal – zwischen Waidhofen an der Ybbs und Lunz am See ein.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) meldete sich zu einer Tatsächlichen Berichtigung und stellte fest, dass es bezüglich der Weiterführung der S 34 in Richtung Traisen einen Gemeinderatsbeschluss der Stadtgemeinde Wilhelmsburg gegeben habe.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) stellte im Sinne der Sicherung der Arbeitsplätze der im Ybbstal angesiedelten internationalen Unternehmen einen Resolutionsantrag gemeinsam mit den Abgeordneten Hinterholzer, Mag. Heuras, Ing. Pum und Königsberger zum Ausbau der B 121 bis Waidhofen an der Ybbs.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) beschäftigte sich mit der Wasserstraße Donau, die genügend freie Kapazitäten für das Transportaufkommen der Sachgüterproduktion habe. Es mache daher Sinn, die NÖ Industriehäfen weiter zu Logistikzentren auszubauen. Bei ecoplus soll ein Cluster zur Logistikoffensive eingerichtet werden.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) betonte, gute Verkehrswege seien die Lebensadern der Regionen, die ein Wirtschaftsleben erst ermöglichten. Für das Weinviertel sei der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur besonders dringend, sprach er insbesondere die Nordautobahn und den zweigleisigen Ausbau der Schnellbahn bis Laa an der Thaya an.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) unterstrich, dass 56 Prozent des Budgets für den Verkehrsausbau in den öffentlichen Verkehr gingen. Der Ausbau der Westbahn zwischen Wien und St. Pölten bringe gewaltige Verbesserungen für die Pendler. Der Vertrag zur Erhaltung der Nebenbahnen mit ihren 300.000 Fahrgästen sei eine gewaltige Bereicherung für die Regionen. Ein Resolutionsantrag gemeinsam mit dem Abgeordneten Michalitsch fordert Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich seitens der ÖBB und des Infrastrukturministeriums.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) zog den Resolutionsantrag des Abgeordneten Rosenmaier zum Lärmschutz an der B 21 zurück und brachte stattdessen einen **Resolutionsantrag** der Abgeordneten Rosenmaier und Ing. Rennhofer ein.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) sprach zur Trinkwasserver- und -entsorgung sowie zum Hochwasserschutz. Dieser Budgetansatz sei enorm wichtig für die Gemeinden. Den Bürgern müsse hoch qualitatives, aber auch leistbares Wasser zur Verfügung gestellt werden.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) meinte, eine Region sei dann besonders attraktiv, wenn sie gut erreichbar und von hoher Lebensqualität geprägt sei. In die Verkehrsinfrastruktur des Waldviertels würden 130 Millionen Euro investiert, etwa für die Umfahrungen Maissau, Großhaslau und Zwettl.

Abgeordneter Mag. Martin F a s a n (G) nahm zu diversen Resolutionsanträgen Stellung. Weiters konstatierte er einen großen Unterschied im Budget zwischen öffentlichen und Individualverkehr; dieses Missverhältnis gehöre abgestellt. Seiner Meinung nach

stünde etwa die Vorfinanzierung der S 8 mit 30 Millionen Euro dem „Verfall der Regionalbahnen“ in Niederösterreich gegenüber. Er forderte auch, dass das Land sich vermehrt für die Sicherheit von Schülertransporten einsetzt. Zudem sollten auf diversen Teilstrecken Tempolimits für MotorradfahrerInnen beschlossen werden; konkretes Beispiel sei die Landstraße auf das Preiner Gscheid. Im Zusammenhang mit der dritten Piste am Flughafen ging Fasan auf vier konkrete Punkte ein, die seines Erachtens nicht im UVP-Verfahren behandelt werden. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er drei **Resolutionsanträge** ein. Der erste betraf das Thema SchülerInnen und Kindergartentransporte im Linienverkehr, der zweite Maßnahmen gegen Motorradlärm, der dritte die Umweltverträglichkeit des Flughafens Wien/Schwechat. Diesem Antrag trat auch der Abgeordnete Königsberger bei.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) meinte, dass vor allem im Waldviertel die Verkehrsanbindung und der öffentliche Verkehr zu wünschen übrig lasse. Hier seien auch die Investitionen zurückgegangen. Zum Thema Wasserbau meinte er, dass die Förderstelle des Landes die bestehenden Wassergenossenschaften zu deren Nachteil behandle.

Abgeordneter Dr. Martin **M i c h a l i t s c h** (VP) sprach von einer sensiblen und ausgewogenen Verkehrspolitik Niederösterreichs. Hinter den für den Individualverkehr aufgewendeten 400 Millionen Euro stünde auch der Bund als Investor. Weiters ging er auf die Zukunft der Traisen- und der Mariazellerbahn ein.

Die Gruppe 6 wurde mit Mehrheit angenommen, die Abstimmung erfolgte getrennt nach Budgetansatzgruppen.

Der Resolutionsanträge des Abgeordneten Rosenmaier und Ing. Rennhofer (Lärmschutz B 21), der Abgeordneten Pum, Gratzner, Hinterholzer, Heuras und Erber (Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Ybbstal) und der Abgeordneten Hofbauer und Dr. Michalitsch (Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs) wurde einstimmig an-

genommen. Die Resolutionsantrag der Abgeordneten Ing. Gratzner, Hinterholzer, Heuras, Pum und Königsberger (Ausbau B 121) wurde mit Mehrheit angenommen. Abgelehnt wurden die Resolutionsanträge des Abgeordneten Razborcan (Entlastung der PendlerInnen), der Abgeordneten Razborcan und Königsberger (Verbesserung die Pendler im VOR), der Abgeordneten Kernstock, Gratzner und Königsberger (NÖ Lokalbahnen), der Abgeordneten Sacher und Königsberger (Zentrale Bahnachse Krems – St. Pölten), des Abgeordneten Sacher (Regionalbahnen im Waldviertel), der Grünen (SchülerInnen und Kindergartentransporte im Linienverkehr), der Grünen (Maßnahmen gegen Motorradlärm) und der Grünen (Umweltverträglichkeit des Flughafens Wien-Schwechat).

Gruppe 7

Wirtschaftsförderung

In der Gruppe 7 stehen Ausgaben von 180,48 Millionen Euro Einnahmen von 7,89 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) meinte, Niederösterreichs Wirtschaft habe sich in den letzten Jahren gut entwickelt und den Startvorteil in Richtung der mittel- und osteuropäischen Länder gut genutzt. Niederösterreich habe im Vorjahr ein Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent verzeichnet, was über dem Bundesdurchschnitt von 3,4 Prozent liege. Auch für 2008 werde ein Wirtschaftswachstum über dem Bundesdurchschnitt von rund 2,5 Prozent prognostiziert. Außerdem konnte bei den Beschäftigungszahlen mit durchschnittlich 552.000 Beschäftigten im Jahr 2007 ein neuer Rekord erzielt werden. Zudem fänden 20 Prozent aller Firmen-Neugründungen in Niederösterreich statt.

Abgeordneter Emil S c h a b l (SP) sagte, gegen Veränderungen zu leben sei dumm, mit Veränderung zu leben besser und von Veränderung zu leben der Idealzustand. Nie-

der österreichischen Wirtschaft habe in den letzten Jahren sehr stark von der europäischen Erweiterung profitiert. Der private Konsum sei aber nicht so stark gestiegen wie das Wirtschaftswachstum. Der Exportboom in die neuen Mitgliedsländer habe auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der Mehrbedarf an Facharbeitern sei größtenteils durch den Zuzug aus dem Ausland abgedeckt worden. Weiters sei die Zahl der geringfügig Beschäftigten und Teilzeitbeschäftigten stark gestiegen und vor allem weiblich. Das Reallohneinkommen sei laut aktueller Statistik für die niederösterreichischen Arbeitnehmer im Jahr 2008 um insgesamt 9,5 Euro gestiegen, was durch die hohe Inflation egalisiert wurde. Weiters seien Insolvenzen und Privatkonkurse um rund 7 Prozent gestiegen. Generell sei Niederösterreich gut unterwegs, die Landesregierung habe aber in einigen Bereichen noch viel zu tun.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) betonte, Aufgabe der Politik sei es, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Es gebe viele fleißige Unternehmer, die „einfach nur arbeiten wollen“ und dazu Unterstützung, Rahmenbedingungen und Infrastrukturmaßnahmen bräuchten. In Bezug auf den Tourismus sprach er sich dafür aus, den Weg des Qualitätstourismus zu gehen.

Abgeordneter Ing. Franz Gratzler (SP) nahm zum Thema Tourismus Stellung. Er freue sich über die positive Entwicklung im NÖ Tourismus, die man dem Engagement der vielen kleinen und mittleren Unternehmen sowie der tausenden Mitarbeiter in der Tourismusbranche verdanke. Zum Thema Nahversorgung brachte er mit dem Abgeordneten Schabl einen **Resolutionsantrag** betreffend Änderung der Richtlinie „Förderaktion von Nahversorgern und Lebensmittelnachversorgern“ ein. Weiters sprach er sich für die Gründung einer NÖ Sanierungsgesellschaft aus. Damit könnten wertvolle Arbeitsplätze gesichert und die regionalwirtschaftlichen Strukturen erhalten werden.

Abgeordneter Ing. Johann Hofbauer (VP) betonte, es gebe in Niederösterreich kaum einen Bereich, der sich so erfolgreich entwickelt habe wie die Tourismusbranche.

Das Budget garantiere die Fortsetzung dieses Weges. Man habe es geschafft, Niederösterreich zu einem begehrten Urlaubsland zu machen. Wichtig seien dabei auch die neuen Nachbarländer im Osten. Niederösterreich habe es verstanden, diese Chancen zu nutzen.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) berichtete, die NÖ Card sei eine unvergleichliche Erfolgsstory. Um 45 Euro könnten über 220 Ausflugsziele bei freiem Eintritt besucht werden. 2007 seien 68.000 Karten verkauft worden und damit im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent gestiegen. Eine besondere Bedeutung komme den Top-Ausflugszielen in Niederösterreich zu, die ihren Gästen besondere Qualität in allen Bereichen bieten würden.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) betonte, das Weinviertel sei eine der schönsten Regionen Niederösterreichs. Der Tourismus im Weinviertel habe sich hervorragend entwickelt und sei zu einem unverzichtbaren Wirtschaftszweig geworden. Das Weinviertel habe ein abwechslungsreiches Programm für seine Gäste zu bieten. Es sei eine Top-Destination für Genießer, verfüge aber auch über ein reiches Kulturleben. Auch Sport und Entspannung kämen nicht zu kurz, die Therme Laa genieße weit über die Grenzen hinaus Bekanntheit.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) beschäftigte sich mit dem Thema Landwirtschaft, die in letzter Zeit zu Unrecht als Preistreiber bezeichnet worden sei. Umso notwendiger seien EU-Förderungen und Ausgleichszahlungen auch in Zukunft, als Basis dafür sei in Niederösterreich die Finanzierung gesichert. Die NÖ Charta für den ländlichen Raum stelle den Stellenwert desselben in den Mittelpunkt und unterstreiche die Bedeutung des Agrar-Bundeslandes Nummer eins.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) führte aus, dass sich 24,3 Prozent aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Österreichs in Niederösterreich befänden. Niederösterreich verfüge über 29 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen Österreichs, 39 Pro-

zent der Fläche Niederösterreichs seien mit Wald bedeckt. Die Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich sei demnach ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Auftraggeber für Handel, Gewerbe und Industrie.

Abgeordneter Karl S c h w a b (FP) sprach zum Milchlieferboykott. Ihn störe, immer wieder zu hören, dass es den Bauern ohnehin nicht schlecht gehe. Ein Resolutionsantrag seiner Fraktion fordert einen kostendeckenden Milchpreis. In der Landwirtschaft gebe es schon seit Jahrzehnten eine Negativverzinsung, die Landwirtschaft brauche kostendeckende Preise.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) bezog sich auf das Thema Biosprit. Die aktuelle Preisentwicklung zeige deutlich die Notwendigkeit einer langfristigen Entwicklung alternativer Energien. Es gebe in vielen Bereichen Exportüberschüsse, man müsse die österreichische Entwicklung von weltwirtschaftlichen Belangen entkoppelt sehen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r (G) brachte mit ihren Fraktionskollegen und dem Abgeordneten Leichtfried einen **Resolutionsantrag** betreffend „Keine Finanzgeschäfte (Spekulationen) mit agrarischen Rohstoffen“ ein und begründete dies damit, dass die öffentliche Hand auf einen ethischen Kodex achten sollte. Einen zweiten **Resolutionsantrag** brachte sie gemeinsam mit den oben Genannten sowie mit den Abgeordneten Mold und Waldhäusl betreffend „GVO-freier Anbau in der Landwirtschaft und Ausweitung des KonsumentInnen-schutzes“ ein. Niederösterreich erinnerte an einen gemeinsam beschlossenen Antrag, der Niederösterreich als gentechnikfreie Zone zum Inhalt habe.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) merkte an, dass Niederösterreich nach wie vor Agrarland Nummer eins sei und die Leistungen der Landwirte anerkannt werden. Dennoch gehe es den Bauern auf Grund falscher Landwirtschaftspolitik nicht gut. Das Landwirtschaftsbudget sei zwar ausreichend dotiert, die Geldströme gingen jedoch in die falsche Richtung. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Beimischung von Agro-Treibstoff ein.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) sagte, dass Bauern „keine Preistreiber, sondern getriebene Räder einer Vielzahl von Vernetzungen“ seien. Im Bereich Landwirtschaft gehe es nicht nur um eine Preis-, sondern auch um eine Wertediskussion. Die Gentechnikfreiheit könne voll und ganz unterstützt werden. Die Regionalität und die hohe Qualität der Produkte in der Landwirtschaft würden zur hohen Akzeptanz der Bauern in der Gesellschaft beitragen. Die Beimengung von Agro-Treibstoffen sei für den Klimaschutz notwendig. Die Bauern müssten sich auf dem freien Markt bewähren, damit verbunden seien aber auch Förderungen für den ländlichen Raum.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) erklärte, dem Resolutionsantrag der Grünen betreffend keine Finanzgeschäfte mit agrarischen Rohstoffen nicht zuzustimmen. Weiters meinte er, dass fossile Energieträger enden wollend sind und daher eine Umsetzung des NÖ Energiemodells unumgänglich sei. In diesem Zusammenhang sei auch eine Änderung des Lebensstils und ein anderes Verhaltensmuster in Umwelt- und Energiefragen notwendig. Die erneuerbare Energie habe mit der Wind- und Biomasse mittlerweile einen hohen Stellenwert in Niederösterreich erreicht.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) verlangte eine getrennte Abstimmung nach Budgetansätzen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) erklärte, der Antrag von Gratzner und Schabl betreffend Nahversorgung sei obsolet und werde daher von der VP abgelehnt.

Die Gruppe 7 wurde mit Mehrheit angenommen, die Abstimmung erfolgte getrennt nach Budgetansatzgruppen.

Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Krismer, Mold, Leichtfried, Waldhäusl, Petrovic, Fasan und Weiderbauer (GVO-freier Anbau in der Landwirtschaft und Ausweitung des KonsumentInnen-schutzes) wurde einstimmig angenommen. Abgelehnt wurden die Resolutionsanträge der Abgeordneten Gratzner und Schabl (Änderung der Richtlinie „Förderung von Nahversorgern), der Freiheitlichen (Milchpreiserhöhung auch für Produzenten),

der Grünen und des Abgeordneten Leichtfried (Keine Finanzgeschäfte mit agrarischen Rohstoffen) und des Abgeordneten Leichtfried (Beimischung von Agro-Treibstoff)

Gruppe 8

Dienstleistungen

In der Gruppe 8 sind Ausgaben von 2.190,65 Millionen Euro und Einnahmen von 2.175,11 Millionen Euro vorgesehen.

Diese Gruppe wurde ohne Wortmeldung mit den Stimmen von VP und SP mit Mehrheit angenommen.

Gruppe 9

Finanzwirtschaft

In der Gruppe 9 stehen im ordentlichen Teil Ausgaben von 434,30 Millionen Euro Einnahmen von 3,16 Milliarden Euro gegenüber.

Die Gruppe 9 wurde ohne Wortmeldung mit Mehrheit angenommen.

Der Dienstpostenplan wurde mit den Stimmen von VP, SP und FP angenommen.

Das Budget im Gesamten wurde mit den Stimmen der VP verabschiedet.

Landesrat Mag. Wolfgang S o b o t k a (VP) dankte für die ausführliche und intensive Diskussion über den Voranschlag für das Budget 2009. Die beschlossenen und abgelehnten Anträge würden sorgfältig geprüft bzw. berücksichtigt. Dabei äußerte er die Hoffnung, dass in der Herbstarbeit die einzelnen Programmpunkte eine noch breitere Zustimmung im Landtag erhalten würden. Bezüglich der Veranlagung der Gelder meinte er,

dass keine Hochrisikogeschäfte geplant seien. Weiters würden Experten würden ab Herbst den Landtagsabgeordneten für Fragen zur Verfügung stehen. Außerdem sicherte er zu, dass der Vollzug des Budgets verantwortungsvoll und sparsam umgesetzt werde. Präsident Ing. Hans P e n z (VP) sagte, im Rahmen der zweitägigen Budgetsitzung habe es insgesamt 187 Wortmeldungen der Abgeordneten gegeben. Der Voranschlag sei ausführlich debattiert worden und in Teilabstimmung habe der Landtag das Budget in der dritten Lesung beschlossen. 60 Resolutionsanträge hätten die verschiedenen Meinungen der Abgeordneten zum Ausdruck gebracht, was auch ein Zeichen des großen Engagements der Parlamentarier sei. Dafür dankte er den Abgeordneten auch im Namen der Landesbürger. Enttäuscht zeigte er sich über die erstmals in der Geschichte geringere Zustimmung für den Budgetvoranschlag des Jahres 2009.

Abgeordneter Helmut D o p p l e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Budgetprogramm 2009 bis 2013**. Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger und andere betreffend **Änderung des NÖ Seuchenvorsorgeabgabegesetzes**. Auch dieser Tagesordnungspunkt wurde ohne Wortmeldung mit Mehrheit angenommen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl und andere betreffend **Reduktion der Treibstoffpreise**. Der Antrag auf Ablehnung des Antrages des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Reduktion der Treibstoffpreise wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grüne angenommen.

Schluss der Budgetverhandlung